

Zeitenwende '45 – Aufbruch in ein neues Europa

Fachdidaktische Tagungen 2020 des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge
Landesverband Niedersachsen

7./8.2.2020 Hannover *** 13./14.2.2020 Lüneburg

Dr. Corinna Hauswedell, Conflict Analysis and Dialogue, Bonn

Chimäre "Friedensmacht"?

Europäische Integration zwischen Nachkriegsmoral und Globalisierung

{ Man ist versucht in der Gegenwart zu beginnen – ich meine jetzt nicht die Schockwellen aus Thüringen – sondern:

> Die Abschlussdebatte zum Brexit im EU-Parlament (EP), die hoch emotional war und auch alle Symbole einer 'Friedensmacht' bedient hat; mit dem Brexit verlässt die historisch skeptischste und wirtschaftlich zweitstärkste Nation die EU (15% der EU Wirtschaftskraft) – das kann nicht kalt lassen

> die sog Flüchtlingskrise, besser: Krise der EU Asyl- und Einwanderungspolitik, sichtbar seit 2015 und immer noch ungelöst, mit den bitteren Berichten von den griechischen Inseln Lesbos, Chios, Kos und Samos: Hier ist die Moral der Union in Sachen Menschenrechte auf einem Tiefpunkt angekommen!

> schließlich die Berliner Libyen-Konferenz: Welche Rolle kann die EU als ziviler Friedensdealer heute spielen? Der kurze hype scheint schon wieder verflogen...

>> Die EU – seit Jahren im Krisenmodus - (welche) Skepsis ist berechtigt ? }

Das Konzept der Tagung wollte stattdessen den geschichtlichen Bogen schlagen und da konnte ich als Historikerin nicht nein sagen.

Ich werde das Thema etwas anders anpacken als der Kollege Echternkamp in der vorliegenden Handreichung und möchte dem **Friedensparadigma** in seinem **realen** und **symbolischen** Gehalt nachgehen und dabei auch das aktuellste Rütteln an der Festung EU, den Brexit, miteinbeziehen.

Mein Beitrag zu dieser Tagung – Hinweis Handout – kann hoffentlich auch als ergänzende, argumentative Materialsammlung für die Diskussion des Themas im Unterricht hilfreich sein.

Die Gedankenführung meines Vortrages folgt den **drei Thesen**, die Sie auf dem Handout finden: die erste etwas kürzer, die zweite mit drei Unterpunkten als Hauptteil des Vortrages, die dritte wieder in der gebotenen Knappheit.

These I.

Vorsicht: Europa ≠ EU! Ein historisch begründetes Plädoyer für begriffliche Trennschärfe

Wir sagen Europa und meinen die EU, oder seltener auch umgekehrt, meinen Europa und sagen, quasi stellvertretend, EU. Das geschieht im wissenschaftlichen, politischen und im alltäglichen öffentlichen Gebrauch ständig, häufig aus Nachlässigkeit, manchmal auch mit einer verborgenen Agenda. Meine eigene community, die Friedens- und Konfliktforschung, möchte ich da nicht ausnehmen; ich erinnere mich an mehrere Friedensgutachten, dessen Mitherausgeberin ich einige

Jahre war, wo es Schwerpunktthemen mit der Überschrift „Friedensmacht Europa“ gab, es aber eigentlich immer um die EU bzw. konkreter noch um die Außenpolitik der EU ging.

(Ein aktuelles Beispiel: „Globale Klimapolitik braucht eine ambitionierte Kooperation zwischen China und dem Westen. Trumps USA fallen aus – es kommt auf Europa an.“ (IPG, Adam Tooze, 29.1.2020)

Begriffsverwischung – nicht so schlimm? Ob unbeabsichtigt oder mit Bedacht, damit können Einschließung oder Ausgrenzung, eine emphatische Überhöhung oder auch Beschwörung dessen einhergehen, was man denn unter Europa oder eben der EU verstehen bzw. diesen zuschreiben möchte, oder eben nicht: Besondere Fähigkeiten, besondere Macht gegenüber anderen, besondere Werte...usf. Die Gleichsetzung kann also leicht missverstanden werden, falsche Assoziationen oder Erwartungshaltungen gegenüber den politischen Institutionen der EU wecken. So hat die begriffliche Vermischung von „Europa“, der EU und „dem Westen“ nach dem Ende des Kalten Krieges zu allerlei Verwerfungen beigetragen, deren Folgen wir erst jetzt realisieren... (Eine Diskussion darüber, s. Krastev/Holmes, hat gerade erst begonnen.)

Auch in den Außenperspektiven gegenüber Europa findet sich dieses Phänomen: Der Traum von Europa, the European Dream, der viele Menschen im letzten Jahrzehnt aus den Kriegsregionen im Nahen Osten oder den Krisengebieten Afrikas nach Europa gezogen hat, bezieht sich zumeist auf Vorstellungen von ganz bestimmten europäischen Ländern, meist auf den älteren Kern der EU, die Staaten West- und Nordeuropas – und auf ihr Angebot von Frieden, Wohlstand und Solidarität.

Schon deshalb sollten wir die begriffliche Trennschärfe nicht denen überlassen, die das eine gegen das andere ausspielen wollen: Diejenigen, die heute die Unterscheidung von Europa und EU betonen, sind leider auch Rechtspopulisten vom Schlage eines Victor Orban oder Nigel Farage. Im EP bei der abschließenden Brexit-Debatte sagte Farage: „Wir lieben Europa, wir hassen die EU“. So einfach ist das?!

So einfach sollten wir es uns nicht machen. Die EU ist nicht die einzige Staatenorganisation in Europa. Es gibt weitere europäisch geprägte internationale Organisationen, die mit eigenem Fokus neben der EU existieren und weit mehr europäische Nationen bzw. Staaten umfassen als die EU.

So wurde 1949 etwa der **Europarat (ER)** (nicht zu verwechseln mit dem Europäischen Rat, einem Führungsgremium der EU) als erste europ. Org. nach dem WK mit inzwischen 47 Staaten gegründet, zu denen auch Russland gehört (das für ca. 9% des ER Jahresbudgets zeichnet; der Europarat beruft sich explizit auf die gleichen Werte wie die heutige EU, teilt mit ihr Flagge und Hymne und zählt den wichtigen Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte zu seinen Organen. Die Gründungsration des ER war nach dem Zweiten Weltkrieg mindestens so sehr ein 'Aufbruch in ein neues Europa' (Titel unserer Veranstaltung), wie die kleineren v.a. ökonomisch geprägten Zusammenschlüsse der Europäischen Gemeinschaften, die Montanunion (1951), die EWG und EURATOM (1957), die die Grundsteine für die spätere EU (Maastricht 1992) legten.

Oder die **OSZE**: Mit 57 Teilnehmerstaaten in Europa, Nordamerika und Asien ist die OSZE – die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa – die weltweit größte regionale Sicherheitsorganisation. Die OSZE geht auf die Phase der politischen Entspannung der frühen siebziger Jahre des letzten Jahrhunderts zurück: 1975 wurde die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) als multilaterales Forum für Dialog und Verhandlungen zwischen Ost und West gegründet, und nach dem Ende des Kalten Krieges 1994 in OSZE umbenannt. Sie ist also eine mit Fug und Recht explizit auf Europa gerichtete Friedensorganisation.

Die Staaten und Nationen des geografisch-politischen Raumes **Europa** teilen eine lange wechselhafte Geschichte. Diese hält spätestens seit dem 17. Jh. mit den Ergebnissen des **Dreißigjährigen Krieges** und dem anschließendem **Westfälischen Frieden 1648** reichlich Lehrmaterial für Europa und die Welt in Sachen militärischer und nichtmilitärischer Konfliktaustragung bereit. Diesen Referenzpunkt haben z.B. die Akteure des nordirischen Friedensprozesses von 1994 bis heute immer wieder hervorgehoben. Boris Johnson schien davon wenig berührt, als er den Brexit versuchte an der irischen Grenze zu forcieren und damit alte Konfliktlinien aufzubrechen.

Gegenüber dem Großraum Europa ist die **EU** weit jünger, kleiner und partikularer – mathematisch könnte man sagen: eine politisch sehr relevante Teilmenge von Europa – mit ca. **17 Mrd. Dollar BIP** zweitgrößter Wirtschaftsraum der Welt, der sich aus guten historischen Gründen auch etwas darauf zugute hält, als „Friedensmacht“ zu erscheinen.

Ob es sich hierbei v.a. um ein Idealbild innerhalb und außerhalb der EU handelt, eine wohlfeile politische Projektion oder eher um eine Chimäre, also ein Trugbild oder Luftschloss, oder um etwas von alledem, also um eine supranationale Mischkonstruktion, die unterschiedliche Erwartungshorizonte bedient, diesen Fragen soll im folgenden etwas nachgegangen werden.

These II.

Frieden ist nicht gleich Frieden, und nicht gleich Sicherheit –

Die drei Dimensionen von EU-Friedenspolitik

Laut Art. 21 des EU-Vertrages nimmt sich EU-Außenpolitik vor,
„...nach Maßgabe der Ziele und Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen sowie der Prinzipien der Schlussakte von Helsinki und der Ziele der Charta von Paris, einschließlich derjenigen, die die Außengrenzen betreffen, den Frieden zu erhalten, Konflikte zu verhüten und die internationale Sicherheit zu stärken;....“

Hier könnte eine Klärung der Begriffe **Frieden und Sicherheit** gefragt sein; denn diese werden in den EU-Dokumenten, von denen noch die Rede sein wird, häufig synonym benutzt. Das hat in der Vergangenheit und bis heute immer wieder zu mangelnder Trennschärfe hinsichtlich von Bedrohungsanalysen und Risiken und daraus resultierend hinsichtlich des Einsatzes militärischer bzw. nichtmilitärischer Mittel geführt. (Näheres s. unten)

Stattdessen möchte ich (ähnlich wie Kiran Klaus Patel in seinem 2018 erschienenen Buch 'Projekt Europa') **drei unterschiedliche inhaltliche Dimensionen** von EU-(Friedens)politik vorstellen, die allerdings ebenfalls eine begriffliche Differenzierung beinhalten:

(1) Friedenspolitik als Aussöhnung zwischen den Mitgliedsstaaten der EU (v.a. F-D);

(2) Beiträge der EG bzw. EU für den Weltfrieden;

(3) schließlich die Sorge um den sozialen Frieden innerhalb der Mitgliedsstaaten.

zu (1) Frieden als Aussöhnung zwischen den früheren EWG bzw. heutigen EU Staaten, also der innere Frieden der Union

Nie wieder Krieg in und von Europa aus! war ein, wenn nicht der zentrale Impuls für eine neue Ordnung in Europa nach 1945: Ein 'europäischer 'Auftrag der Alliierten und Verpflichtung für das

neue Deutschland, also von außen und innen geleitet; es ging nach der Befreiung vom Faschismus zuvorderst um die Zähmung des Aggressors und Erbfeindes, die zunächst eine möglichst vollständige Entmilitarisierung des besiegten Hitlerdeutschland einschließen sollte.

In Robert Schuman's Montanunion etwa sollten 1951 die auch kriegsrelevanten Industrien Kohle und Stahl in Deutschland und Frankreich zusammengebunden werden (über das zentrale Thema Friedensrelevanz der **deutsch-französischen Beziehungen** werden wir hier noch von anderer Seite mehr hören; für die 1950er und -60er Jahre der De Gaulle-Adenauer-Ära war dieser Teil der inneren Aussöhnung wohl alles in allem eine Erfolgsgeschichte, aus heutiger Sicht des Merkel-Macron-Tandems ließe sich über deren Nachhaltigkeit durchaus kritisch rasonieren)

Als **1957 mit den Römischen Verträgen** die EWG mit Frankreich, Italien, BeNeLux, BRD sowie die ESKG und EURATOM geboren wurden, hieß es, eine gezielte wirtschaftliche Verflechtung solle militärische Konflikte für die Zukunft verhindern und durch den größeren Markt das Wirtschaftswachstum beschleunigen und damit den Wohlstand der Bürger steigern.

Aber da war Deutschland mit der Teilung in BRD und DDR bereits ins Zentrum des nächsten Großkonfliktes, des **Kalten Krieges**, gerückt und die Gründungsratio der EWG verortete sich fest im westlichen, erklärtermaßen antikommunistischen Block. Die **NATO**, 1949 gegründet, wurde zur militärischen Klammer des Westens, in die sich Deutschland 1955 mit neugegründeter Bundeswehr einfügte. Die öffentlichen Kontroversen in Deutschland um **Wiederbewaffnung** und **nukleare Teilhabe** stellten den 'friedensmächtigen' Nachkriegsimpuls und das damit verbundene pazifistische Ethos vehement in Frage. „Nach dem Schrecken, den der NS-Terror in den von der Wehrmacht besetzten Ländern verbreitet hatte, herrschte in Europa jetzt das „Gleichgewicht des Schreckens“ atomarer Aufrüstung (Echternkamp).

Ziviler Umgang und Kompromissfähigkeit wurden unter den EWG-Mitgliedstaaten eher eingeübt, indem man die wirtschaftlichen Erfolge der ersten beiden Nachkriegsjahrzehnte gemeinsam ausbalancierte. Aber auch hier gab es Ambivalenzen und Reibungsverluste: Immerhin entstand 1960 die **European Free Trade Association (EFTA)** der Sieben (GB, Schweden, Norwegen, Dänemark, Schweiz, Österreich, Portugal) als Freihandelskonkurrenz zur EWG unter britischer Führung; London's Mitgliedsambitionen bei der EG waren von De Gaulle mehrfach ausgebremst worden.

Die **Dekolonialisierungskriege** (Belgien im Kongo 1960, Frankreich in Algerien 1954-62, später GB auf Falkland, 1982) wurden zwar außerhalb der EG, aber doch von – nicht eben friedensmächtigen – Mitgliedstaaten geführt. Doppelmoral in Sachen Friedensmacht? Die unfriedlichen Folgen des kolonialen Erbes sind bis heute vielerorts, u.a. in Mali, zu besichtigen.

Damit komme ich zur zweiten Dimension europäischer Friedensfähigkeit:

zu (2) Beiträge zum sog. Weltfrieden

Patel ist zuzustimmen, wenn er der EG in den 1950er und -60er Jahren während der wachsenden Spannungen des Kalten Krieges, v.a. der brandgefährlichen Kuba-Krise 1962, „keine friedenssichernd-konstruktive Rolle“ zuschrieb : „*Eher im Gegenteil...Aufgrund ihrer kapitalistischen Ausrichtung und der engen Bindungen an die USA und die NATO vertiefte die EG den Systemgegensatz im Kalten Krieg*“ (69) Auch sei man viel zu sehr mit der Bildung des Gemeinsamen Marktes, u.a. seiner komplexen Agrarpolitik, befasst gewesen, um auch noch die Welt zu retten.

Das änderte sich tendenziell in den 1970er Jahren, als erstmals wieder nach dem 2. Weltkrieg die Krisenanfälligkeit des Kapitalismus sowie die Vorboten der Globalisierung sichtbar wurden: Das Ende des Nachkriegswirtschaftsbooms, die Erschütterung der festen Wechselkurse von Bretton Woods, das Auftauchen neuer Player aus der arabischen Welt, v.a. im Nahen und Mittleren Osten, im Zuge der sog. Ölkrise 1973 und 1979/80.

In der EG gab es neue Leader: George Pompidou in Frankreich, Willy Brandt in Deutschland, die beide zwischen 1969 und 1974 westeuropäischer Politik neue Impulse gaben; Pompidou mehr in Richtung Westen und Erweiterung der EG (1973 traten GB, IRL und Dänemark bei), Brandt mit der sog. 'Ostpolitik', die als **Entspannung** oder **détente** „Kommunikation anstelle von Konfrontation“ (Niedhart) gegenüber der Sowjetunion und der DDR ins außenpolitische Spiel der EG brachte. Ihren 'friedensmächtigen' und nachhaltigen Niederschlag fand die Entspannungspolitik in den sog. Ostverträgen und v.a. im **KSZE-Prozess**, der **1975 in die Schlussakte von Helsinki** mündete, in der erstmals Sicherheit und Frieden in Europa als blockübergreifende Aufgaben formuliert wurden.

Wissenschaft und Politik streiten bis heute: War die Entspannung, die den Dialog eben auch mit dem Ziel der Abrüstung der Atomwaffen führte, relevanter für das schließliche Ende des Kalten Krieges in den späten 1980er Jahre, oder war es die erneute konfrontative 'Nachrüstungspolitik' der NATO 1979/80, die die UdSSR zuletzt in die Knie zwang? Als die große **Friedensbewegung** in Europa in den 1980er Jahren einen neuartigen öffentlichen Einfluss auf den Ost-West-Diskurs geltend machte, konnte sie jedenfalls an dem Verständnis von „**Gemeinsamer Sicherheit**“ anknüpfen, das durch die neue Ostpolitik von Willy Brandt und Egon Bahr auch jenseits der Systemgrenzen Nachhall fand. In diesem Zusammenspiel staatlicher und zivilgesellschaftlicher Politik am Ende des Kalten Krieges liegt m.E. **der wichtigste internationale Friedensbeitrag aus Europa, und eben nicht nur aus der EG**. Immerhin gelang 1987 zwischen US Präsident Ronald Reagan und SU Staatspräsident Michail Gorbatschow erstmals ein Abrüstungsvertrag einer gesamten Kategorie von Atomwaffen, der **INF Treaty** für Raketen kurzer und mittlerer Reichweite – die bittere Ironie der Geschichte: Vor einigen Monaten wurde dieser durch den Ausstieg der Trump-Administration außer Kraft gesetzt.

1989/90 öffnete sich der Eiserne Vorhang mit höchst unterschiedlichen Folgen für das Kooperations- und Konfliktverhalten in Europa, mit denen wir inzwischen vielfach konfrontiert sind.

Am Beginn, im Jahr 1990 standen zunächst zwei durchaus friedensrelevante Vertragswerke:

(a) Der Zwei-plus-Vier-Vertrag, zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik einerseits sowie Frankreich, der Sowjetunion, Großbritannien und den Vereinigten Staaten von Amerika andererseits. Der Vertrag war Voraussetzung für die Vier Mächte zu deren Zustimmung zur deutschen Wiedervereinigung und vollständigen Souveränität, da ein gesonderter Friedensvertrag nach dem Zweiten Weltkrieg nicht abgeschlossen worden war. Die zunächst großen Vorbehalte der europäischen Partner Margaret Thatcher und Francois Mitterrand gegenüber einem wieder erstarkenden Deutschland wurden durch die weitreichenden Versöhnungsgesten der sowjetischen Führung relativiert, die Zustimmung aller wurde möglich.

(b) Die Charta von Paris, unterzeichnet von 32 europäischen Ländern, inkl. Russland, sowie den USA und Kanada, erklärte in ihrer Präambel: „...*Das Zeitalter der Konfrontation und der Teilung Europas ist zu Ende gegangen. ...Europa befreit sich vom Erbe der Vergangenheit. Durch den Mut von Männern und Frauen, die Willensstärke der Völker und die Kraft der Ideen der Schlußakte von Helsinki bricht in Europa ein neues Zeitalter der Demokratie, des Friedens und der Einheit an...*“

Während der 2+4 Vertrag schnell Realität wurde und das vereinigte Deutschland mit seinen über 80 Mio. Bürgerinnen und Bürgern zügig ins Machtzentrum der nun zur EU wachsenden Gemeinschaft rückte, blieb bei der Charta von Paris vieles auf dem Papier stehen. Der Geist der Charta, die jahrzehntealte Feindschaft und Konfrontation zurückzulassen und am Aufbau einer gesamteuropäischen Friedensordnung unter Einschluss Russlands zu arbeiten, verflieg schnell vor dem Hintergrund einer offen oder verhohlen präsentierten Siegermentalität des Westens, die verflixt nah an die Grenzen des sich mühsam im Kapitalismus sortierenden Russland heranrückte. Die **„Erweiterungs“angebote und – initiativen der EU und der NATO** gen Osten trafen bei den aus dem sowjetischen Herrschaftsbereich entlassenen mittel- und osteuropäischen Staaten auf alte und neue Träume einer Zugehörigkeit zu „Europa“, die nun mit einem doppelten Wohlstands- und Sicherheitsversprechen wahr zu werden schienen. Polen als eins der größten Länder z.B. trat bereits 1999 der NATO, der EU erst 2004 bei, wie die meisten anderen Osteuropäer auch.

Der bulgarische Politologe Ivan Krastev beschreibt in seinem jüngst mit Stephen Holmes veröffentlichten Buch „Das Licht, das erlosch“ ein 30-jähriges **Zeitalter der „Nachahmung“**: Die seit 1989 vom Westen dominierte unipolare Ordnung des ökonomischen und moralischen Liberalismus habe dem Osten, der zunächst dafür durchaus aufnahmebereit war, seine Werte, die zuweilen auf tönernen Füßen standen, übergestülpt und dabei auch Enttäuschungen produziert; diese hätten schließlich, in einer Art Gegenspiegelung (da das Vorbild den Erwartungen oft nicht entsprach), zu der **anti-liberalen Politikrevolte etwa in Ungarn und und Polen** beigetragen.

In der Tat erfüllten die 1990er Jahre die (auch westlichen) Hoffnungen und Erwartungen auf den Ausbruch des Friedens nicht. Auf dem Balkan, sozusagen fast vor den Augen der EU-Gründer **1992 in Maastricht**, fanden im zerfallenden Vielvölkerstaat **Jugoslawien die ersten Kriege** auf (süd)europäischem Boden seit 1945 statt. Da es kein EG/EU Mandat zur Kriegführung gab, die gerade gegründete Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) sortierte eben erst ihre Aufgaben, übernahm die NATO die militärische Handlungshoheit in Bosnien, Kroatien, Serbien. Die nicht von einem UN-Mandat gedeckte **NATO-Intervention im Kosovo 1999**, wurde, was die Beteiligung der Bundeswehr betraf, als ein Tabubruch deutscher Friedenspolitik gesehen: Mit dem out-of-area-Urteil des BverfG von 1994 jedoch begann eine neue Ära militärischer Einsätze außerhalb der Landesverteidigung, auch für die deutsche Armee. Nach dem Anschlag auf das World Trade Center am 11. September 2001, dem Beginn des „war on terror“ sollte militärisches Handeln westlicher Armeen eine neue Ratio und Dimension erhalten. Die UN Debatte über R2P (Responsibility to Protect) brachte unter neuen, unipolaren politischen Vorzeichen die Dilemmata einer Friedens- und Menschenrechtsschutz zugleich postulierenden Politik auf den Tisch.

„Frieden“ als Motiv der EU-Erweiterung hatte im **Masstrichter Vertrag 1992** noch an erster Stelle gestanden und wurde auch 15 Jahre später in **Lissabon 2007** erneut beschworen, de facto standen aber andere Motive wie 'Selbstbehauptung' und 'Wohlstand', also eine an ökonomischen Interessen orientierte Politik im Vordergrund.

Nach 9/11, dem zweiten welthistorischen Einschnitt nach 1989/90 (mit dem die 'Islamische Welt' in eine fundamentale Konfrontation zum 'Westen' geriet) sah man sich auch in Brüssel herausgefordert, erstmals an einer kohärenten **Europäischen Sicherheitsstrategie** zu arbeiten. Seit dem Sommer **2003** – der auf fake news basierende völkerrechtswidrige **Irak-Krieg** der USA war gerade beendet – hatte die Formulierung eines entsprechenden Dokuments europäischer Außen- und Sicherheitspolitik eine neue Dynamik erhalten. Nach der Zerrissenheit, mit der sich die EU angesichts des Irakkrieges präsentiert hatte (GB war der 'Koalition der Willigen' gefolgt, Paris und das rot-grüne Berlin hatten sich wie andere EU Staaten dagegen gewandt), erzielte der Strategieentwurf für „Ein sicheres Europa in einer besseren Welt“ des Hohen Beauftragten der EU

Javier Solana einen nahezu gruppentherapeutischen Effekt in der EU; im Dezember 2003 wurde das Dokument, das erstmals eine gemeinsame Sicherheitsanalyse, -strategie und -politik der EU formulierte, in leicht modifizierter Form vom Europäischen Rat angenommen.

Mit meinem Kollegen Herbert Wulf kamen wir im FGA 2004 u.a. zu folgender Bewertung: Das Dokument hatte eine doppelte Stoßrichtung: Gegenüber den USA signalisierte es, dass die EU die sogenannten neuen Bedrohungen wie „Terrorismus“, „Verbreitung von Massenvernichtungswaffen“, „Scheitern von Staaten“ und „Organisierte Kriminalität“ als ähnlich gefährlich einschätzte wie der transatlantische Partner und gewillt war, sich aktiv für die Abwehr dieser Bedrohungen zu engagieren. Der europäischen Öffentlichkeit wollte man gleichzeitig – durchaus im Einklang etwa mit dem UN-Millenniumsreport und in deutlicher Distanz zur Politik der USA – vermitteln, dass man sich der Komplexität der Herausforderungen wie Armut, Hunger, Krankheiten, Ressourcenknappheit, Migration etc. bewusst war. Dies führte jedoch zu einem unbalancierten Nebeneinander von Bedrohungen und Risiken in einem wenig trennscharfen „Sicherheitsumfeld“, was später mit dem Konzept der sog. „erweiterten Sicherheit“ beschrieben wurde.

Für welche dieser sehr unterschiedlichen Probleme überhaupt militärische Mittel die geeignete Antwort sein könnten, und wie zivile Konfliktprävention und -Nachsorge neben militärischen Einsätzen erfolgreich oder eher kontraproduktiv sein können, blieb in dem Dokument ebenso vage. Aus heutiger Sicht, z.B. der Erfahrungen der EU in Afghanistan und Mali, sind diese kritischen Nachfragen berechtigter und dringlicher denn je.

Zu kritisieren war schon damals, dass die neue EU SiPo Strategie von 2003, die auch nicht Friedensstrategie hieß, eher bemüht war, neue gemeinsame militärische Kapazitäten innerhalb der nationalen Kirchtürme der Mitgliedstaaten zu generieren, bzw. den Anteil der EU Staaten am NATO-Budget zu erhöhen, als etwa neue Überlegungen zu internationaler Abrüstung anzustellen.

Dreizehn Jahre später, als im **Juni 2016** von Federica Mogherini, der Hohen Vertreterin der EU für Außenpolitik eine neue »**Globale Strategie für die Außen- und Sicherheitspolitik der EU**«, die Europäische Sicherheitsstrategie von 2003 ablöste, hatte sich an den Analysen und Schlussfolgerungen, nicht viel geändert. Einige sicherheitspolitischen Ziele wurden präzisiert, die Strategie selbst scheint noch vager geworden: Die EU tritt danach für Frieden, Sicherheit, Wohlstand, Demokratie und eine regelbasierte Weltordnung ein, basierend auf einem „erweiterten“ bzw. „vernetzten“ Sicherheitsbegriff. Die GASP soll diese Sicherheit der Union verbessern, Hauptziel sei der **Aufbau von Resilienz**, also die Erhöhung der Widerstandsfähigkeit der EU gegenüber inneren und äußeren Bedrohungen: den Terrorismus, sog. hybride Bedrohungen (gemeint v.a Russland), gegen den Klimawandel und die Energieversorgungsunsicherheit.

> Alles in einem Topf? Und für alles Militär? Hier lauern gefährliche begriffliche Unschärfen.

In der Sipo und friepo community führt das zu unterschiedlichen Konsequenzen:

SWP brief:

„Die EU ist in der europäischen Sicherheitsarchitektur nur ein – aber bei weitem noch kein eigenständiger – Pfeiler neben der Nato, der OSZE und dem Europarat, um nur die wichtigsten Instanzen zu nennen. Die Annahme liegt nahe, dass die Resilienzbestrebungen der EU sich künftig auf die zivile Gefahrenabwehr konzentrieren werden, während die militärische Gefahrenabwehr im Rahmen der transatlantischen Zusammenarbeit und im engen Verbund mit der Nato erfolgen soll..... Stärkung des europäischen Pfeilers in der Nato....“

Die gesamteuropäische Außen- und Sicherheitspolitik wird in Zukunft nicht länger als eine europäische Alternative zur transatlantischen Sicherheitskooperation zu denken sein.“

Hans-Georg Ehrhart im Freitag 12.12.2019:
>> Muss **Europa „US Protektorat“** bleiben?

„Indem man sich im amerikanisch-chinesischen Machtkampf positioniert, wird das Entstehen eines neuen Systemkonflikts gefördert... Sollte es stimmen, dass die NATO ihre Existenzberechtigung verliert, wenn sie sich nicht nach Asien ausdehnt, dann steht Europa vor der Wahl, sich entweder in die amerikanisch-chinesische Rivalität einzuordnen oder selbst für seine Sicherheit zu sorgen.... Notwendig wäre vielmehr eine Friedensmacht Europa, die auf hinreichende Verteidigungsfähigkeit und gemeinsame Sicherheit auch mit nichtdemokratischen Systemen setzt....“

Macron: NATO hirntot? + Plädoyer für mehr Kooperation mit Russland...

Leider bisher ohne konzeptionellen Input aus Berlin
Dabei könnte die Initiative der **Libyen-Konferenz** ein Impuls für eine neue Akzentuierung von Dialog und Vermittlung als besondere Stärken der EU – statt militärischer Einsätze – sein....

(3) Frieden als Sorge um den sozialen Frieden innerhalb der Mitgliedsstaaten.

Das ist auch schon Übergang zu

These III.

Ökonomische Integration ist kein Allheilmittel. Oder: Welche Kooperation liegt 'im Interesse der Völker'?

Sozialer Frieden im Inneren der EWG Staaten, kann anders als die internationale Dimension für die 1960/70er Jahre im wesentlichen positiv gewertet werden. Das große W-Wachstum der beiden Jahrzehnte war hierfür ursächlich (Patel, 86f). Wurzeln für Diskriminierung klangen bei aller Freizügigkeit aber bereits an in Euphemismen wie „Gastarbeiter“ etc....

Spaltung und damit Unfrieden der Gesellschaften begann mit der neoliberalen Bewältigung der Krisenerscheinungen. Konkurrenz verlagerte sich ins Innere der EG: Wettbewerb der Staaten statt Solidarität der Gesellschaften.

Was ist inzwischen alles geschehen?

> **2002 : Euro Einführung**

Sollte dem Binnemarkt Preisstabilität, Kaufkraft und Inflationsbremse bringen.

Aber keine Harmonisierung der sehr ungleich großen und starken Ökonomien (N-S, W-O); keine einheitlichen Steuergesetze, Rentenregelungen etc....

> **2004 Verfassung scheitert** >> Kompromiss: Lissabon 2007/9

Politische Harmonisierung hat Grenzen; Demokratisierung auch...

Supranationalität vs. Souveränität

> **2008... Finanzkrise**

wird der große Test der Globalisierung: 'Rettungsschirme' ...für Griechenland, Irland, Portugal...

Bedeutet vor allem eins: Bankenrettung und Vertiefung der Ungleichheiten

Mit der Schuldenbremse - Austeritätspolitik setzt sich deutsche Exportdominanz etc. durch gegen die Forderungen nach Solidarität...

Dieses deutsche 'Diktat' war eine Weichenstellung für Brexit und andere nationale Enttäuschungen

> **2012 : EU bekommt Friedensnobelpreis**

(„für über sechs Jahrzehnte Beitrag zur Förderung von Frieden und Versöhnung, Demokratie und Menschenrechten...“)

Eine etwas voreilige Ermutigung, mussten wir feststellen:

> **2015...“Wir schaffen das“ vs. EU Abschottung**

Migrationsthema zeigte das Ende des „European Dream“ und die Errichtung der **Festung Europa** an (Hauswedell /Mannitz in Friedensguachten 2011) und triggerte auch die anti-liberale Wende innerhalb EU

> **2016 Brexit Referendum**

Mit der Entwicklung unter Trump in den USA und dem Brexit stellen sich die Fragen nach der künftigen politischen Integrationsfähigkeit des 'Westens' neu: Die EU ist Teil des Problems geworden...

>>Souveränität vs Supranationalität? Oder Multilateralismus? Oder ganz neue (regionale) Kooperationen für 'global goods'?

Hier liegt eine Bedeutung des Brexit für europ. 'Friedensmacht'

>> Nordirlandfrage ist nur ein, vielleicht der kleinere Teil dessen (aber auch dort geht es um Ausgrenzung oder Inklusion, Anerkennung oder Leugnung friedensgerichteter Prozesse)

> **2016/17:** Seit der Münchner Sicherheitskonferenz gibt es eine versuchte Gleichsetzung von „**mehr Verantwortung**“ deutscher Außenpolitik = mehr Militär, auch im EU Kontext... (AKK: 'Europ. Verteidigung'?)

Zusammenfassend: Obwohl EU v.a. Wirtschaftskooperation bedeutet, wurde immer wieder im schwierigen Feld der Außen- und Sipo die Gemeinsamkeit gefordert und gesucht...

Dabei zeigt sich aber, dass durch die vornehmlich wirtsch. Koop. Weichen für die Vertiefung der politische Ungleichheit zwischen den EU Mitgliedern gesetzt wurden, die durch keine Absichtserklärungen einfach korrigiert werden können...

>> Beim Friedensthema war/ ist traditionell viel Symbolpolitik am Werk: De Gaulle/Adenauer in Reims 1962; 1984 Kohl/Mitterand Verdun...

Liegt die geringe konkrete Wirkung des Friedensnarrativs daran, dass sich niemand für die konkreten Ergebnisse interessierte? (Patel, 89) > Ist Frieden 'messbar'?

Abschlussfrage: Wie und wieweit muss / darf / kann friedensgerichtete Politik (der EU) abweichen vom westlichen Mainstream, wie er gegenwärtig v.a. von den USA repräsentiert wird, um tatsächlich eine Wende in der internationalen Konfliktbearbeitung zu bewirken?

Ist die EU in ihrer gegenwärtigen Form alternativlos (s. Varoufakis...)?

> statt EU Militärmacht / Armee : Zivile Konfliktbearbeitung /Mediation / Entwicklung (keine Umwidmung von friedensrelevanten Mitteln für Militär)

> Libyen / Mittlerer Osten > Diplomatie neu denken

> Abrüstungsforen neu initiieren und machen...(Wulf); > EU arms control (BICC policy brief)

> 2 /2020 Deutsche Ratspräsidentschaft + Kommission (viel 'Verantwortung')